

Projektbericht

oiiip Österreichisches Institut
für Internationale Politik
Austrian Institute for
International Affairs

Die normative Kraft der EU Außen- und Sicherheitspolitik im Nahen Osten

OeNB-Jubiläumsfondsprojekt Nr. 16790

Dr. Cengiz Günay

MMag. Sherin Gharib

Benjamin Weiser, B.A.

Inhalt

1. Projektvorhaben	3
2. Umsetzung	4
3. Zentrale theoretische Debatten	7
4. Projektergebnisse	10
5. Conclusio	22
6. Ausblick	23
7. Output	24
8. Literatur	27

1. Projektvorhaben

Die Proteste im Jahr 2011 fegten langjährige, meist alternde Autokraten von der politischen Bühne. Mit der Ausnahme Tunesiens kam es in keinem der Länder des sogenannten Arabischen Frühlings zu einer demokratischen Transition. Das Jubiläumsfondsprojekt Nr. 16790 mit dem Titel „Die normative Kraft der EU Außen- und Sicherheitspolitik“ ging von folgenden grundsätzlichen Fragen aus: Wie ging die EU auf die Entwicklungen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft ein? Welche Prioritäten setzte sie? Kann man Brüche in der Prioritätensetzung beobachten? Wie wird die EU Politik aus der Perspektive der beiden post-Arab Spring Staaten Ägypten und Tunesien perzipiert? Wirkt die EU als eine normsetzende Kraft in der Politikgestaltung in den beiden Ländern?

Das Forschungsvorhaben basierte auf einer Diskursanalyse. Durch das quantitative Coding der im Zeitraum zwischen 2011 und 2015 im Rahmen der EU Nachbarschaftspolitik erstellten wichtigsten Dokumente sollten die thematischen Schwerpunktsetzungen eruiert und dann das in diesen thematischen Schwerpunkten gesetzte außenpolitische Verhalten entlang der vier Kategorien normativ, realpolitisch, imperial oder status quo kategorisiert werden.

Damit schloss das Forschungsdesign an die durch die italienische Politikwissenschaftlerin Nathalie Tocci im Jahr 2008 veröffentlichte Studie „Who is a Normative Foreign Policy Actor? The European Union and its Global Partners“ an. Die besagte Studie setzt sich mit der Frage auseinander, wie normativ die EU bzw. andere globale Akteure – China, Indien, Russland und die USA – in der Praxis tatsächlich außenpolitisch handeln. Toccis Studie entwickelt die vier oben genannten Kategorien. Laut Toccis Modell kann allerdings nur dann von einem normativen Verhalten gesprochen werden, wenn sowohl die Ziele (*goals*) als auch die eingesetzten Mittel (*means*) sowie auch die Wirkung (*impact*) einer Politik im Rahmen der Norm sind. Während Toccis Modell eine gewisse Anleitung für die Bestimmung von normativen Zielen¹ und von normativen Mitteln² liefert, bleibt Toccis Modell die Beantwortung des Impacts von normativen Zielen und Mitteln schuldig.

Unser Forschungsansatz ging davon aus, dass die Wirkung die außenpolitische Interaktionen bei einem anderen Staat hervorgerufen können nur durch die Gegenprobe festgestellt werden können. Diese Gegenprobe sollte durch die Untersuchung der Diskurse zu den EU Politiken in den in der ersten Phase des Projektes definierten thematischen Schwerpunkten erfolgen.

¹ Aufbauend auf Wolfers (1968) sieht sie „Milieu Ziele“, also jene Zielvorhaben, die darauf abzielen das Milieu durch Regulierungen im Rahmen von internationalen Regimen, Organisationen, oder dem internationalen Recht zu gestalten als normative Ziele.

² Als normative Mittel gelten solche, die sich im Rahmen der rechtlichen Beschränkungen, die sich der jeweilige außenpolitische Akteur selbst auferlegt hat, bewegen, bzw. die die in der internationalen Praxis als Referenz geltenden rechtlichen Standards respektieren

2. Umsetzung

Das Projekt gliederte sich in insgesamt sechs Work Packages (WPs), die teilweise parallel zu einander verliefen. Zu Beginn des Projektes wurde der Analysekörper zusammengestellt: Die EU Dokumente (Strategiepapiere, Fortschrittsberichte, Aktionspläne, „Partnership Priorities“, Instrumente, Ratschlussfolgerungen), sowie tunesische und ägyptische Zeitungsartikel, die sich mit der EU auseinandersetzen, wurden gesammelt und in einer Datenbank zusammengeführt. Ursprünglich war es geplant die Analyse auf EU-Dokumente im Zeitraum 2011-2015 einzuschränken; da allerdings zentrale Dokumente für die Nachbarschaftspolitik gegenüber Tunesien und Ägypten zu einem späteren Zeitpunkt verabschiedet wurden (Aktionsplan mit Tunesien, Partnerschaftsprioritäten mit Ägypten), wurden diese ebenfalls in die Analyse hineingenommen.

Die gesammelte Primärliteratur wurde im Zuge eines mehrstufigen Coding-Prozesses mithilfe des Programmes atlas.ti bearbeitet. Dabei erfolgte zunächst eine quantitative Analyse der Dokumente. Da die EU-Strategiepapiere die zentralen Zielsetzungen der Europäischen Nachbarschaftspolitik beinhalten, wurden diese zunächst genauer beleuchtet. Die erste Review der EU Dokumente deutete auf eine Schwerpunktsetzung auf die Themenbereiche: Stabilität, Wirtschaft und Sicherheit hin. Eine zweite Durchsicht ergab eine Häufung von Begriffen wie „Economy“, „Democracy“, „Security“, „Trade“, „Ownership“, „Partnership“ und „Support“. In einem nächsten Schritt wurden diese Begriffe einem quantitativen Coding unterzogen. Mit Hilfe von atlas.ti wurde die Häufigkeit der jeweiligen Begriffe in den Dokumenten gezählt. In weiterer Folge wurden ähnliche Begriffe in gemeinsame Themengruppen zusammengeführt. Das dadurch erstellte Ranking ergab klare Schwerpunktsetzungen, die in einer weiteren Phase genauer unter die Lupe genommen wurden. Zur Eruiierung von Brüchen in der EU Nachbarschaftspolitik wurden dann weiters die Häufigkeiten je nach Perioden unterteilt. Nach dem die Schwerpunktsetzungen eruiert worden waren, wurden die weiteren EU-Dokumente (Fortschrittsberichte, Instrumente, Aktionspläne, Ratschlussfolgerungen) der quantitativen Analyse unterzogen. Im nächsten Schritt wurden alle EU-Dokumente auch qualitativ untersucht; dabei wurden die wesentlichen „Goals“ und „Means“ eruiert. Die genauen Ziele der EU, bzw. wie diese erreicht werden sollen, war dabei die leitende Frage. Eine wichtige Rolle spielten in diesem Prozess auch die sogenannten internen und externen „Conditioning Factors“, die die Prioritätensetzungen und Politiken der EU beeinflussen, und somit auch für unsere Forschungsergebnisse mitberücksichtigt wurden (z.B. BREXIT, Militärintervention in Ägypten, Schwächung der Position der Türkei, soziale Krise in Tunesien, usw.)³. Die aus diesen Arbeitsschritten gewonnenen Einsichten wurden zusammengeführt und der Sekundärliteratur gegenübergestellt. Die jüngere Literatur sowie Berichte, Analysen und Zeitungsartikel dienten zudem zu einer ersten Einschätzung der „conditioning factors“, die es in der weiteren Forschung zu berücksichtigen galt.

Die gesammelte Sekundärliteratur bestand aus Monographien, Sammelbänden, aber vor allem Artikeln und Essays in Fachzeitschriften. Dies beinhaltete die relevanten theoretischen Debatten zu Normative Power Europe, die Kritik

³ siehe weiter unten

darán bzw. Studien, Artikel und Bücher zu den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklungen in den beiden post-Arab Spring Staaten. Parallel dazu erfolgte eine intensive Auseinandersetzung mit den politischen Entwicklungen in Tunesien und Ägypten seit den Umstürzen im Jahr 2011 bzw. dem konkreten Wirken der EU und einzelner Mitgliedsstaaten. Gesucht wurde insbesondere auch nach theoretischen Auseinandersetzungen mit der Frage wie Impact (Wirkung) zu messen und zu definieren ist.

Die Forschungsreisen nach Tunesien, Ägypten und Brüssel ermöglichten die Durchführung von open-ended in-depth Interviews mit verschiedenen Stakeholdern. Während des Forschungsaufenthalts in Tunis/ Tunesien Anfang November 2016 wurden in einem Zeitraum von einer Arbeitswoche insgesamt 18 Interviews geführt. Zu den InterviewpartnerInnen zählten: Michaël Béchir Ayari (Analyst der International Crisis Group), Dr. Gerhard Weinberger (damaliger österreichischer Botschafter in Tunesien), Mahfoudh Fadhel (ehemaliger Präsident der tunesischen Anwaltskammer), Emna Ennaifer und Mariem Masmoudi (RepräsentantInnen des „Center for the Study of Islam & Democracy“), Henrik Meyer (Leiter der Friedrich-Ebert Stiftung), zwei Mitarbeiter der Konrad Adenauer Stiftung, Adnen Hasnaoui (Präsident des Instituts „Maghrébin pour le Développement Durable“), Abdellatif El-Meky sowie Said Ferjani (führende Persönlichkeiten der Ennahda Partei), Hamza Meddeb (Fellow des European Council on Foreign Relations), Youssef Cherif, (Consultant North African Affairs), Dr. Martin Henkelmann (Geschäftsführer der deutsch-tunesischen Handelskammer), Katariina Leinonen (Repräsentantin der EU Delegation in Tunesien), sowie der Direktor der Abteilung Zusammenarbeit Europa und EU im tunesischen Außenministerium, Markus Breitweg (Kommunikationsbeauftragter im GIZ-Landesbüro Tunesien), Dr. Corinna Mulin (Tunisia Business University), Kacem Afaya (Generalsekretär/Abteilung Internationale Beziehungen der Union Générale Tunisienne du Travail (UGTT)), sowie Ouided Bouchamaoui (Präsidentin der tunesischen Industriekammer (UTICA)). Außerdem wurden zur Abdeckung der tunesischen Position, bzw. des Diskurses auch der tunesische Botschafter in Österreich, Ghazi Jomaa, sowie Botschaftsrat Herrn Wissem Moatemri, sowie der tunesische Botschafter bei der EU in Brüssel, Tahar Cheri, interviewt.

Der Forschungsaufenthalt in Kairo/Ägypten ermöglichte Interviews mit 14 InterviewpartnerInnen. Zu diesen gehörten: Sayid Mustafa (American University in Cairo), Armin Hasemann, (Direktor des Ägypten Büros der Friedrich Ebert Stiftung), ein Repräsentant der Abteilung Zusammenarbeit mit der EU im ägyptischen Außenministerium, Hassan Behnam (Geschäftsführer der French Egyptian Chamber of Commerce), Ziad Bahaa Eddin (ehemaliger Vize-Premierminister), Bernadette M. Muteshi (UNHCR Egypt), Amira Mekheimer (Ministerium für Internationale Kooperation), Nora Abou Shady (Ökonomin an der Cairo University), Nadine Abdallah (American University in Cairo), Mohamed Zaree (Direktor des Cairo Institute for Human Rights Studies (CIHRS)), sowie mit dem österreichischen Botschafter Georg Stilfried und Reinhold Brender (Chef der EU Delegation in Ägypten), Amr Saleh (Jugendaktivist), Bahgat Korany (American University in Cairo). Das später in Brüssel mit Amr Elsherbini (Minister Plenipotentiary, Deputy Chief of Mission – Egypt) geführte Interview diente zur Komplementierung der Erfassung der ägyptischen Position gegenüber der EU.

Interviews in Brüssel zumeist mit VertreterInnen der Kommission und des Europäischen Auswärtigen Dienstes aber auch aus anderen EU Institutionen dienten einerseits dazu, die aus dem Coding der EU Dokumente gewonnenen Erkenntnisse gegen zu prüfen und andererseits die Position der EU AkteurInnen zu tunesischen und ägyptischen Diskursen zu erfahren. Insgesamt wurden in Brüssel 11 Interviews durchgeführt: Peter Krois (Delegierter für Nordafrika, den Nahen Osten und die Golfregion, der Ständigen Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union), Dimosthenis Mammonas (Europäischer Rat), Emma Udwin (Stellvertretende Kabinettschefin von Herrn Kommissar Johannes Hahn und Zuständige für die Südliche Nachbarschaft der EU Kommission), Jérôme Cassiers (Vorsitzender der Maghreb/Mashrek Arbeitsgruppe des Europäischen Auswärtigen Dienstes), Lensu Maria und Harmonie Koutsivitis (Desk Egypt, Jordan, Lebanon Syria des Europäischen Auswärtigen Dienstes), Marina Vraila (Tunisia Desk, Maghreb Division, des Europäischen Auswärtigen Dienstes), Michael A. Köhler (Direktor des DG NEAR South in der Europäischen Kommission), sowie Marc Pierini (ehemaliger Botschafter und Gastwissenschaftler des Carnegie Europe). Zusätzlich ermöglichte die Teilnahme an der Annual Conference des European Union Institute for Security Studies zum Thema „The EU Global Strategy – Translating Vision into Action“ am 20. Juni 2017 einen Austausch mit ExpertInnen und EU EntscheidungsträgerInnen.

Auf Wunsch der InterviewpartnerInnen wurden die Interviews, bis auf eines, nicht aufgezeichnet. Stattdessen wurden Mitschriften verfasst. Alle durchgeführten Interviews wurden transkribiert, codiert und einer Inhaltsanalyse unterzogen. Zur Vergleichbarkeit und Generalisierbarkeit der Ergebnisse wurden alle Codes in einem Excel-Dokument zusammengetragen und dem Analysekorpus hinzugefügt. Das qualitative Codingverfahren versuchte die durch die EU gesetzten Ziele und eingesetzten Instrumente zu definieren und nach „Handlungen und Akteure“, „Aktivitäten“, „Rahmenbedingungen“, „Formen der Partizipation“, „Beziehungen“ sowie „Bedeutungen“ zu ordnen.

In ständigem Austausch der ProjektmitarbeiterInnen konnte eine schrittweise Konkretisierung der Codes erfolgen. Dadurch konnten wir zentrale und wiederkehrende Elemente des Diskurses bestmöglich erfassen. Daraus entstand ein Coding-Buch das weitgehend die vorherrschenden EU-relevanten Diskurse und Positionen in beiden Ländern erfasst.

Die Erkenntnisse wurden dann mit den Ergebnissen des Codings der EU-Primärquellen abgeglichen und dann in der Analyse zusammengeführt. Die aus den Coding-Verfahren gewonnenen Erkenntnisse führten zu Ansätzen, die in den Kontext der aktuellen theoretischen Debatten gesetzt, bzw. diesen gegenübergestellt wurden. Die aus den Primärquellen gewonnen Daten und die davon abgeleiteten Erkenntnisse dienten und dienen als Grundlage für wissenschaftliche Auseinandersetzungen im Rahmen von Konferenzbeiträgen, Working Papers und Artikeln.

3. Zentrale theoretische Debatten

Die Sekundärliteratur zur außen- und sicherheitspolitischen Rolle der EU setzt sich vor allem mit der Frage auseinander, welche Art internationaler Akteur die EU ist. Dabei reichen die Beschreibungen der EU als „soft power“ (Nye, 1990), „normative power“ (Manners, 2002, 2006) „civilian power“ (Duchêne, 1972), bis hin zur „market power“ (Damro, 2012), „realist actor“ (Hyde-Price, 2006) oder „post-colonial“ power (Schimmelfennig, 2010). Es ist vor allem die „soft power“ der EU – so die Annahme – die es durch unterschiedliche Anreize ermöglicht, Drittstaaten davon zu überzeugen, EU- Politiken aufzunehmen bzw. sich ihren Institutionen, Standards und Normen anzupassen (Chaban et al., 2013, 438). Ähnlich dazu meint Manners (2002) in seinem viel beachteten Artikel mit dem Titel: „Normative Power Europe – A Contradiction in Terms?“, dass die EU ein Akteur ist, der sein Verhalten gegenüber Mitgliedsstaaten ebenso wie gegenüber Drittstaaten auf jenen universellen Werten baut, die auch die Grundlage der EU darstellen (EU Verträge). Diese sind im Wesentlichen „nachhaltiger Frieden“, „soziale Freiheit“, „Demokratie“, „Menschenrechte“, „Rechtsstaatlichkeit“, „inklusive Gleichheit“, „soziale Solidarität“, „nachhaltige Entwicklung“ sowie „Good Governance“. Lavanex (2004) sieht die EU als einen Akteur, der eigene Lösungen als universell betrachtet und daraus den Anspruch auf deren Export nach Außen ableitet. Dies trifft insbesondere auf die Beziehungen der EU mit ihrer unmittelbaren Nachbarschaft zu. Schimmelfennig (2010, 5) sieht die Beziehungen der EU mit ihrer Nachbarschaft durch die Versuche rechtliche Normen, Prozesse, Abläufe und Vorgaben auf die Nachbarschaft auszudehnen definiert. Dabei agiert sie laut ihm wie eine Kraft, die das internationale System transformiert, indem sie dieses nach ihrem eigenen Modell formt. Bicchi (2006, 286) argumentiert, dass das außenpolitische Handeln der EU vor allem durch die Projektion von internen Lösungen und Erfahrungen nach außen bestimmt ist. Die EU-Außenbeziehungen, vor allem mit schwächer entwickelten Staaten, sind oft durch die Vorstellung der EU geprägt, dass Europas Überwindung von Krieg und Konflikt und die Etablierung von Frieden und Stabilität ein Modell für die gesamte Welt darstellt. Dabei neigt die EU zu einem „institutional isomorphism“ (Bicchi 2006). Demnach fördert die EU ihre eigenen Normen, weil die Institutionen automatisch und unreflektiert die Normen und Lösungsstrategien, auf die sie selbst beruhen, exportieren (Bicchi 2006). Hyde-Price (2006) steht der, wie er es nennt, liberal-idealistischen Vorstellung von der EU als „normativ“ oder „civilian“ power kritisch gegenüber – stattdessen sind es laut ihm neo-realistische Ansätze, die die EU Außen- und Sicherheitspolitik am besten beschreiben. Aus einer realpolitischen Perspektive heraus und durch eigene Interessen geprägt, strebe die EU an, ihr externes Umfeld sowohl mittels hard als auch soft power- Instrumenten zu gestalten.

Laut Del Sarto (2016) ist die EU am ehesten als „empire“ zu beschreiben – zwar ist die EU durch den Transfer ihrer Standards und Praktiken an normativen Politiken beteiligt, allerdings dienen diese in erster Linie den sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen der EU und ihren Mitgliedstaaten.

Mit dem Verweis auf historische Erfahrungen mit Reichen stellt del Sarto (2016) fest, dass Reiche stets versucht haben ihre Peripherie zu stabilisieren, wirtschaftliche Vorteile zu ziehen, die imperiale Ordnung zu exportieren und die Eliten in der Peripherie zu kultivieren. In diesem Sinne haben sie sich laut del Sarto selbst als normative Kraft

mit einer zivilisatorischen Mission gesehen (2016, 216). Ähnlich wie del Sarti bezieht sich auch İşleyen (2015) auf die „Kultivierung“ der Eliten. Sie setzt sich mit EU Twinning-Programmen als ein Instrument des Capacity Buildings in Tunesien und Ägypten auseinander. Dabei möchten diese Programme einen Beitrag zur Entwicklung der Governance-Strukturen vor Ort beitragen. Allerdings spiegeln dabei die Twinning-Programme die „neoliberal governmentality“ der EU wider. Die EU fördert und forciert in diesem Rahmen Marktprinzipien sowie ein neoliberales Mind-Setting auch in nicht wirtschaftlichen Bereichen (İşleyen, 2015).

Damro (2012) wiederum hebt die wirtschaftliche Macht der EU hervor – sein Konzept der „Market Power Europe“ geht davon aus, dass die EU eigentlich ein großer Binnenmarkt mit einem institutionellem Rahmen sowie unterschiedlichen Interessensgruppen ist, der seine Macht durch eine Art der Externalisierung seiner wirtschaftsorientierten Politiken und Maßnahmen ausübt (Damro, 2012, 697). Rosamond (2014) versucht die Konzepte „Normative Power Europe“ sowie „Market Power Europe“ miteinander zu verknüpfen und ergänzt die von Manners definierten „Normen“ um eine weitere, „die wirtschaftliche Liberalisierung“. Demnach ist es vor allem der EU-Binnenmarkt, der die EU ausmacht, und somit auch ihre Außenpolitik entscheidend prägt. Bei der Kooperation mit Partnern ist fraglich, inwieweit die Partner bei den Verhandlungen tatsächlich ihre Vorstellungen und Wünsche umsetzen können; in Wirklichkeit seien die Partnerstaaten zur Zustimmung mit unterschiedlichen Maßnahmen „gezwungen“, da sie den Zugang zum EU Markt benötigen, und somit keine andere Wahl haben, als den EU-Vorgaben zu entsprechen. Für Haukkala (2008) ist die EU ebenfalls ein „regionaler, normativer Hegemon“, da die EU den Anspruch erhebt, die besseren Normen und Standards zu besitzen. Die EU-Außenpolitik basiere durchaus auf Normen und Werten, diese werden von der EU definiert, und dann den Partnern zur Implementierung vorgelegt (Haukkala, 2008, 1606). Als wichtigstes Element dienen dabei Handelsliberalisierungen, die an die Heranführung der Nachbarschaft an EU Normen und Standards (approximation), gekoppelt sind. Damit ähneln die wirtschaftlichen Anreize einem „kolonialen Schablonenmodell“ – die EU entwickelt alle Normen und Standards und die Partner sollen diese umsetzen (Mullin und Patel, 2015, 176).

Delcour (2015) geht ebenfalls davon aus, dass die EU im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik ihr eigenes Modell der ökonomischen Integration und regionalen Kooperation propagiert, aber gleichzeitig die Bedürfnisse der Partner völlig außer Acht lässt. In der Literatur weisen Börzel und van Hüllen (2014) auf einen weiteren wichtigen Aspekt hin – die Europäische Nachbarschaftspolitik verfolge oft konkurrierende Ziele; dabei führt dies zu einem „democratization-stabilization dilemma“. Die EU ziehe dabei immer die Stabilität der Demokratie vor. Die Förderung von demokratischem Wandel würde eine Instabilität hervorbeschwören, und das wäre das Gegenteil dessen was die EU erzielen möchte (Börzel, van Hüllen: 2014: 1034). Kritisiert wird dabei in der Literatur, dass die EU vor dem Arabischen Frühling jahrelang autoritäre Regierungen unterstützt und damit auch ihr Bestehen entscheidend mitgeprägt hat. Die EU Politik war damit immer schon der Stabilität verbunden. Laut MacKenzie et al. (2013) wurden diese unterstützt, um auf diese Weise die neoliberalen Interessen der EU durchsetzen zu können. Nach dem Arabischen Frühling haben die EU-Maßnahmen nur sehr wenig Veränderung gezeigt. Zwar ist es zu einer Aufstockung der finanziellen Unterstützung gekommen, allerdings benötigen die Staaten der Südlichen Nachbarschaft

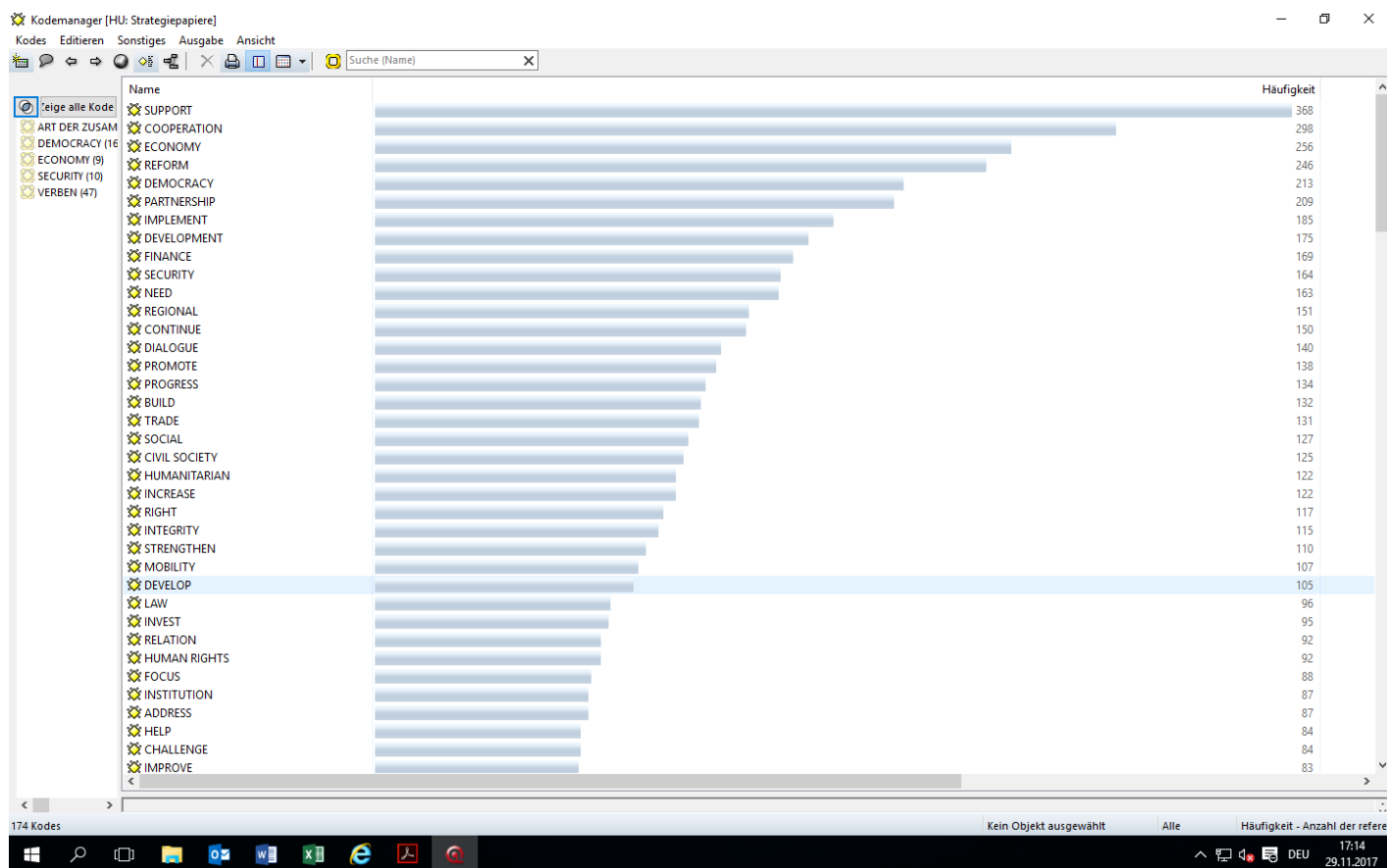
nach den Umstürzen 2011 noch mehr Ressourcen – eine Situation die Bicchi (2014) als „less of the same“ beschreibt. Während Börzel und van Hüllen argumentieren, dass es nicht die interne Kohärenz, sondern eben diese widersprüchlichen Ziele sind, die eine EU Politik ineffektiv machen, meint Noutcheva (2015, 21), dass die EU eher eine „Zuschauer“-Rolle einnimmt. Aufgrund einer internen Zerrissenheit, die durch unterschiedliche Interessen der Mitgliedsstaaten, aber auch durch einen „institutionellen Pluralismus“, der zu einer konkurrierenden Rolle der unterschiedlichen EU Institutionen führt, geprägt ist, kann die EU auf unterschiedlichen Herausforderungen nur passiv mit kurzfristigen Lösungen ohne wirklichem Impact reagieren. Zielonka (2013) sieht die Demokratieförderung der EU in ihrer Nachbarschaft ebenfalls als eine Art „civilizing mission“, in der die Rhetorik der EU-VertreterInnen stark den Schriften führender Philosophen in der Aufklärungsphase ähnelt. Dabei sieht auch er nach dem Arabischen Frühling sehr wenig Veränderung was die EU Politik gegenüber der südlichen Nachbarschaft anbelangt. Chandlers (Chandler 2010, 74) Beschreibung der Europäischen Nachbarschaftspolitik gegenüber Südosteuropa weist starke Ähnlichkeiten mit jener gegenüber der südlichen Nachbarschaft auf. Dabei wird die Frage der Anerkennung der EU durch die Partner aufgeworfen. Kawalski (2013) weist darauf hin, dass die normative Wirkungskraft eines Akteurs lediglich auf der Anerkennung dieser durch den betroffenen Staat basiert. Da die Eliten in Südosteuropa durchaus erkannt haben, dass ihre Governance-Strukturen an Reformen bedürfen, ist die EU – vor allem auch aufgrund eines Mangels an eigenen Ideen und Visionen – als ein Role-Model anerkannt. Aufgrund finanzieller Unterstützung sind die Staaten Südosteuropas auch gewillt, Schritte in Richtung Implementierung der EU-Vorgaben zu machen. Der Begriff der „Ownership“, der zwar in den EU-Strategien zu finden ist, beinhaltet nie eine Gleichheit was die Definierung von „policy guidelines“ betrifft – es ist die EU alleine, die diese Richtlinien bestimmt, bzw. in einem weiteren Schritt überprüft, inwieweit diese implementiert werden oder nicht. Dabei geht ein mögliches Potential eigene Konzepte, die mit bereits existierenden staatlichen Institutionen und sozialen Interessen besser einhergehen würden, zu entwickeln, verloren (Chandler, 2010). Herrsche allerdings keine Anerkennung, würde auch die Adaptierung von EU Normen und Standards nicht möglich sein (Kawalski, 2013). In der Literatur zur südlichen Nachbarschaft mangelt es genau an solchen Studien, die sich auf einer detaillierten Weise mit der Anerkennung der EU in ihrer Nachbarschaft auseinandersetzt. Chaban et al. (2013, 436) hält ebenfalls fest, dass es vor allem auch an Studien zur Wahrnehmung spezifischer EU-Programme in der Nachbarschaft, mangelt. Larsen (2014) setzt sich mit einer allgemeinen Wahrnehmung der EU auseinander, und kommt zu dem Schluss, dass die normative Kraft eher in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU als im Rest der Welt zu finden ist. Dennison und Dworkin (2011), die sich konkret mit dem tunesischen Fallbeispiel auseinandergesetzt haben, beobachteten eine eher negative Wahrnehmung der EU. Freyburg und Richter (2015) behaupten im Gegensatz dazu, dass die EU in Tunesien durchaus positiv wahrgenommen wird. Ihre Studie fokussiert sich dabei allerdings auf Demokratieförderung. Weitere Studien, die sich mit der Wahrnehmung der EU in Asien oder in Afrika auseinandersetzen existieren, Studien, die die Diskurse in der südlichen Nachbarschaft untersuchen, sind dabei so gut wie keine zu finden. Die Einsichten, die aus dem vorliegenden Projekt gewonnen wurden, knüpfen genau an diese Lücke an. Die Ergebnisse, die in weiterer Folge vorgestellt

werden, dienen als Grundlage für eine Weiterführung bzw. Ergänzung der oben aufgezeichneten akademischen Debatten.

4. Projektergebnisse

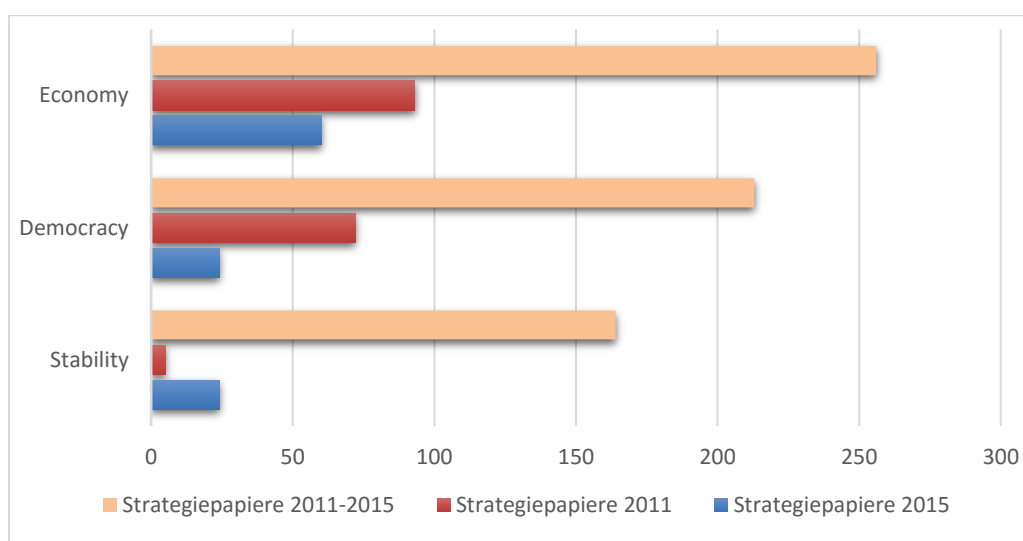
4.1. Quantitative Analyse der EU-Dokumente

Das erste Screening der wichtigsten EU-Dokumente leitete eine Vorauswahl von bestimmten wiederkehrenden Begriffen und Inhalten ein. Die vorsortierten Wörter waren meist Nomen, umfassten aber auch Verben wie z.B. „reformieren“ (reform), oder „unterstützen“ (support), die auf eine normative Zielsetzung zu deuten schienen. Die vorsortierten Wörter wurden dann mit Hilfe von atlas.ti einem quantitativen Coding unterzogen. Das quantitative Coding der EU Strategiepapiere ergab dabei eine relativ starke Schwerpunktlegerung auf wirtschaftliche Bereiche (insbesondere auch wenn man die Häufigkeiten der Begriffe „economy“ sowie „trade“ summiert). Die folgende Illustration zeigt die Häufigkeiten der definierten Begriffe in den EU-Strategiepapieren auf:



Geht man weiter in die Tiefe, so wird deutlich, dass die Wirtschaft oft in Zusammenhang mit Entwicklung und Stabilität steht – der in der Literatur oft kritisch betrachtete Nexus, liberale Marktwirtschaft gehe mit Stabilität, mehr Wohlstand sowie Demokratie einher, ist auch nach dem Arabischen Frühling, wenn auch in einer etwas versteckteren Weise, in den EU-Dokumenten zu finden. Im Falle Tunesiens ist es insbesondere das Freihandelsabkommen (Deep and Comprehensive Free Trade Agreement – DCFTA), das als Motor für eine bessere Entwicklung betrachtet

wird. Gefolgt von Wirtschaft ist „Democracy“ als zweithäufigstes Themenfeld in den EU-Strategiepapieren zu finden. Bei einer genaueren Betrachtung des Zusammenhanges in dem „Democracy“ in den EU-Dokumenten erscheint, wird ersichtlich, dass die EU Communications aus dem Jahr 2011 der Forcierung einer „deep democracy“ viel mehr Gewicht einräumen, als es die Communications aus dem Jahr 2015 tun. Zwar fällt auch in den Communications 2011 die Gewichtung zu Gunsten der „Economy“ aus, allerdings ist der Abstand zu „Democracy“ weitaus geringer. „Stability“ kommt in den Strategiepapieren 2011, also unmittelbar nach den Umstürzen in Ägypten und Tunesien, eher seltener vor, während in den Dokumenten 2015 dieser viel häufiger aufzufinden sind. Im Mittelpunkt stehen 2015 Stabilität sowie die wirtschaftliche Entwicklung, die als ausschlaggebend für die Erzielung von Stabilität betrachtet wird. Die folgende Darstellung illustriert die Häufigkeit der Begriffe „Economy“, „Democracy“ sowie „Stability“ zunächst in den Strategiepapieren im gesamten Analysezeitraum 2011-2015 und macht danach einen Vergleich zwischen den Strategiepapieren aus dem Jahr 2011 und jenen aus dem Jahr 2015.



Vergleicht man die EU-Fortschrittsberichte, die sich mit Tunesien auseinandersetzen mit jenen die Ägypten zum Inhalt haben, wird rasch deutlich, dass im Falle Ägyptens Fragen rund um Demokratie stark nach hinten gerückt sind. „Democracy“ ist auf einem Häufigkeitsranking sehr weit hinten zu finden, während sich diese im Falle Tunesiens eher am Anfang befindet.

4.2. Ergebnisse aus der qualitativen Analyse der EU-Dokumente

Die qualitative Analyse der EU-Dokumente bekräftigte, dass die ENP seit dem Arabischen Frühling in eine erste und eine zweite Phase gegliedert werden kann. Während die erste Phase durch Euphorie und der Hoffnung auf demokratische Transitionen in den arabischen Staaten geprägt ist, ist die zweite Phase vor allem durch mehr praktische und pragmatische Ansätze geprägt. Bei diesem Wandel spielen folgende aus der Sekundärliteratur, dem Monitoring der Zeitungsartikel, den durchgeführten Interviews sowie aus den EU-Dokumenten gefilterten Conditioning Factors eine Rolle. Diese unterteilen sich in interne sowie externe längerfristig wirkende Faktoren, die in der Gestaltung der EU Politiken gegenüber der Nachbarschaft eine wesentliche Rolle spielten und spielen.

Interne Conditioning Factors: Brexit, Flüchtlingskrise, Rechtsruck in Europa, Aufstieg autoritärer und illiberaler Tendenzen in EU Mitgliedsstaaten, Dissonanzen innerhalb der EU, nichtgelöste Wirtschaftskrise in Griechenland, wirtschaftliche Schwäche der EU Mitgliedsstaaten, Terrorismus.

Externe Conditioning Factors: Machtergreifung des Militärs in Ägypten, wachsende Rolle Saudi Arabiens, der Vereinigten Arabischen Emirate, Irans, Russlands und Chinas in der Region, Autoritäre Wende der Türkei und Schwächung ihrer Rolle in der Region, Terrorismus, Flüchtlingskrise, Zerfall staatlicher Strukturen in der Region, Syrienkonflikt, Libyen, Jemen, Irak, Energiekrise.

Die folgende Illustration zeigt die aus den EU-Strategiepapieren definierten „goals“ und „means“ aus dem Jahr 2011 bzw. jene aus dem Jahr 2015 auf:

Goals	Means	Goals	Means
<p>“deep & sustainable democracy” – free and fair elections; – freedom of association, expression and assembly and a free press and media; – the rule of law administered by an independent judiciary and right to a fair trial; – fighting against corruption – security and law enforcement sector reform (including the police) & the establishment of democratic control over armed and security forces</p>	<p>Through : - Instruments such as twinning, TAIEX to strengthen government institutions⁶ - Civil society promotion - Support of trade unions - Supporting public administration reform - Establishment of European - Endowment for Democracy</p>	<p>“Stabilising the Neighbourhood” (as an overall aim) Comprehensively addressing sources of instability (such as poverty, inequality, injustice, corruption, weak economic & social development, lack of opportunity, particularly for young people)</p>	<p>Through: - Supporting economies and Improving prospects for local population - tailor-made approach to cooperating on security-issues - Conflict prevention through early warning + preventive measures - Enhancing partners’ capacity - Strengthening resilience of EU’s partners</p>
<p>“Stronger partnership with people, with specific emphasis on support to civil society” enhanced opportunities for exchanges and people-to-people contacts with a particular focus on the young</p>	<p>Through: - Mobility partnerships - Reinforcing local Schengen cooperation - Making full use of improvements in EU Visa Code - Strengthening capacity building on borders/migration/asylum</p>	<p>“Good governance, democracy, rule of law and human rights” (in order to create social and economic stability)</p>	<p>Through: - Public administration reform (strengthening democratic & independent institutions) - Developing local and regional authorities - Depoliticizing the civil Service - Developing e-Government - Increasing institutional transparency & accountability - Supporting capacity in policy development - Improving service of public finances - Support for national parliaments - Anti-corruption measures - Privatizations - Reform of state owned, controlled companies - Support for civil society</p>
<p>“inclusive economic development” sustainable and inclusive growth and economic development especially support to Small and Medium Enterprises (SMEs), vocational and educational training, improving health and education systems and development of the poorer regions</p>	<p>Through: - Promoting Small and Medium Size Enterprises (SMEs) and Job Creation training - Financial support through extension of EBRD operations - Trade liberalization (DCFTA) - Establishing EU-South Med Energy Community - supporting agricultural/rural development - increasing participation in education programmes - developing technologies - Building EU-Med partnership in production and management of renewables, in particular solar and wind energy - Encouragement of private sector</p>	<p>“Economic development for stabilization” Economic and social development should be at the heart of the EU's contribution to stabilizing the neighbourhood and building partnerships</p>	<p>Through: - Strengthening fiscal stability - Supporting structural reforms for improved competitiveness & inclusive growth & social development - Capacity building promotion - Cooperation with International Financial Institutions on private sector development - Supporting reforms that lead to better business & investor environment - Support growth through support to SMEs</p>

			<ul style="list-style-type: none"> - Access to the EU market: AA/DCFTA (as key instrument in promoting prosperity in the ENP) - Support growth through modernisation of existing sectors & diversification into new ones - Participation of neighbourhood countries in EU initiatives & programmes (Enterprise Europe Network, Horizon 2020, COSME) - Investment of modernisation of agriculture
		<p>„Security“ the European Council restated the need to empower and enable partners to prevent and manage crises, including through concrete projects of capacity building with a flexible geographic scope</p>	<p>Through:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Security sector reform (strategic and policy advice, institution and capacity building activities, dialogues with civil society, and support for community security programmes) - Border protection - Tackling terrorism and radicalization - Crisis management
		<p>„Migration & Mobility“ As the recent refugee crisis shows, addressing the root causes of irregular migration and forced displacement is central to stabilisation in the Neighbourhood.</p>	<p>Through:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Working on measures for legal migration - Mitigate root causes of irregular migration - Border management (training, research, capacity-building projects and pilot projects with partner countries, notably working through relevant EU Agencies, including FRONTEX and EUROPOL)

ENP nach 2011 – Reaktion auf den Arabischen Frühling:

Als erste Reaktion auf den Arabischen Frühling leitete die internationale Gemeinschaft die sogenannte Deauville Partnership mit den Transformationsstaaten der arabischen Welt ein. Neben den G8-Staaten und der EU sagten regionale

⁴ European Commission (2011): Joint Communication to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions: A new response to a changing Neighbourhood. 25/05/2011. COM(2011)30.

⁵ European Commission (2015a): Joint Communication to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions: Review of the European Neighbourhood Policy. 18/11/2015. JOIN(2015)50 final.

Akteure wie die Türkei, Katar, Saudi Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate finanzielle Unterstützung für die demokratische Transition zu.

Die in der ersten Phase nach den Umbrüchen veröffentlichten EU Dokumente zur Europäischen Nachbarschaftspolitik sind durch eine gewisse Euphorie und den Glauben an die transformative Wirkungskraft der EU getragen. Eine VertreterIn der Kommission hielt im Interview mit den AutorInnen fest, dass befeuert durch die Erfolge der EU Osterweiterung der normative Ansatz, dass die EU den Weg in die Demokratisierung vorgeben kann, in Folge des Arabischen Frühlings einen neuen Höhepunkt erreichte (Interview, Brüssel 22.06.2017). Die EU Strategien nach 2011 fokussierten sich auf folgende drei Zielsetzungen; „deep & sustainable democracy“, „stronger partnership with people, with specific emphasis on support to civil society“ und „inclusive economic development“. Reformen sollten durch den „more-for-more“ Ansatz verbunden mit einem Benchmark-System zur Messung der Fortschritte gewährleistet werden. Damit betonte die EU das Prinzip der Konditionalität als Bestandteil der Nachbarschaftspolitik. Demnach sollten jene Staaten, die Reformen umsetzen (in den von der EU vorgegebenen Bereichen) auch mehr finanzielle Unterstützung erhalten. Um die Effektivität und die Visibilität der EU zu verstärken, sowie eine demokratische Transition zu unterstützen, wurden 2011 zusätzliche finanzielle Mittel bewilligt sowie ein „EU Special Representative“ für die Südliche Nachbarschaft ernannt und eine EU-Tunesien Task Force gestartet, mit Ägypten war diese ab 2012 geplant. Die Unterstützung für die Wahlen erfolgte vor allem durch technische Hilfestellungen. Auffallend ist, dass in diesen frühen Dokumenten nach dem Arabischen Frühling die Türkei als mehrheitlich muslimisches Land mit einer langen Tradition einer Mehrparteiendemokratie als Modell für die Transitionsländer und wichtiger Partner für die ENP hervorgehoben wird.

ENP nach ihrer Revision von 2015 – ein „we have our own problems“ Zugang

Der Revision der ENP im Jahr 2015 ging ein breit angelegter Konsultationsprozess mit VertreterInnen der europäischen Zivilgesellschaft voraus. Nicht zuletzt spielten bei der Überarbeitung die oben erwähnten internen und externen Conditioning Factors eine wesentliche Rolle. Die überarbeitete ENP ist durch einen neuen Zugang geprägt. Dieser ist vor allem von der Idee, dass die Destabilisierung der südlichen Nachbarschaft bereits wesentliche negative Auswirkungen auf die EU selbst hatte (Terrorismus, Flüchtlingsbewegungen und die Energiekrise), geleitet. Aufbauend auf der Einsicht, dass die EU ihre eigenen Probleme hat und die Probleme und Krisen in der Nachbarschaft nicht alleine lösen kann⁷ sind die in der zweiten Phase entwickelten Politiken stärker durch realpolitische Erwägungen und Interessen geprägt. Die Dokumente reflektieren eine nüchternere Einschätzung der Fähigkeiten der EU als eine normative transformierende Kraft in ihrer unmittelbaren südlichen Nachbarschaft zu. Wie es ein am Prozess wesentlich beteiligter Vertreter der EU Kommission ausdrückt, „hat man bemerkt, dass eben nicht alle Länder sich

⁷ European Commission (2015a): Joint Communication to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions: Review of the European Neighbourhood Policy. 18/11/2015. JOIN(2015)50 final. S. 2.

am europäischen Model orientieren (wollen). Die normative Agenda gilt nur mehr für eine Minderheit der Nachbarländer.... Es gibt eine große Zahl an Ländern, die in beschränkten Bereichen eine Partnerschaft mit uns haben möchten... Sektorielle Partnerschaften“ (Interview Brüssel 23.06.2017). Dies bedingte ein weitgehendes Abgehen vom zuvor stark betonten „more for more“ Ansatz. Die Joint Communication aus dem Jahr 2015⁸ setzt sich vor allem die Stabilisierung der Region als primäres Ziel. Stabilisierung soll dabei laut VertreterInnen der EU Kommission durch die Förderung von „good governance“ und die Steigerung der Resilienz in den jeweiligen Gesellschaften gewährleistet werden (Interviews Brüssel 22.06 und 23.06. 2017). Dabei kommt es zu einer Spiegelung der eigenen Erfahrungen. „The EU's own stability is built on democracy, human rights and the rule of law and economic openness and the new ENP will take stabilisation as its main political priority in this mandate“.⁹

Während die EU Dokumente die Erzielung von Stabilität in der Förderung von Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Öffnung sehen, kann parallel dazu in den letzten Jahren ein Rückgang der normativen Ansprüche und eine verstärkte Verlagerung hin zu wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Kooperation beobachtet werden. Als sicherheitspolitische Prioritäten werden z.B. die Reform des Sicherheitssektors sowie die Bekämpfung der irregulären Migration, des Menschenhandels und Schmuggels benannt.¹⁰

Obwohl die meisten interviewten EU VertreterInnen (Brüssel, Tunis, Kairo) betonten, dass die EU auch weiterhin an Werten wie Menschenrechten und Demokratie festhält, räumten sie zugleich ein, dass dies, vor allem im Beispiel Ägyptens immer schwieriger zu vertreten ist. Ein wachsender Realismus in Bezug auf die Möglichkeiten der EU befördert pragmatisches Handeln im Umgang mit Partnern.

Aufgrund der Annahme, dass soziale und wirtschaftliche Probleme im Süden, Ursachen für Instabilität darstellen, soll vor allem wirtschaftliche Entwicklung durch wirtschaftliche Öffnung und Handelsliberalisierung der Instabilität entgegenwirken. Neoliberale Konzepte und Ansätze bilden dabei weiterhin die Grundlage für EU Politiken. So wird den südlichen Nachbarstaaten verstärkt die Umsetzung von Freihandelsabkommen (Deep and Comprehensive Free Trade Agreements – DCFTA) nahegelegt. Offene Märkte werden als Grundlage für die Gewährleistung von Reformen, Standardangleichungen und inklusives Wachstum und damit für die Stabilisierung der jeweiligen Länder gesehen. “Ensuring the rule of law and independent and effective justice systems will remain priorities for the EU. They are crucial to social and economic stability, to create trust in state institutions and to provide legal certainty.“¹¹ In der überarbeiteten ENP wird auch ein Schwerpunkt auf die Differenzierung gelegt. Diese soll die Partnerschaft mit einzelnen Ländern vertiefen und zu einer gesteigerten „Ownership“ bei den Partnern beitragen, aber es räumt auch den einzelnen Mitgliedsstaaten eine größere Rolle ein. Als Ausdruck des Abrückens von der Betonung der Konditionalität und der einseitigen Bestimmung der Zielvorgaben wurde ein neuer Mechanismus zur Messung der mit den Partnern gemeinsam vereinbarten Ziele entwickelt.

⁸ European Commission (2015a): Joint Communication to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions: Review of the European Neighbourhood Policy. 18/11/2015. JOIN(2015)50 final.

⁹ Ibid. S. 2.

¹⁰ Ibid. S. 3.

¹¹ Ibid. S. 7.

Normative Politik streng limitiert auf Werte Demokratie, Menschenrechte etc. ist wenn man es so auslegt in der zweiten Phase in verringertem Ausmaß aus EU Dokumenten und Strategien abzulesen.

Stabilität soll durch Handel und wirtschaftliches Wachstum und Kooperation im Sicherheitsbereich gewährleistet werden. In dieser Frage ist die EU ein Normsetzer. Während Normen wie Menschenrechte und Demokratie abnehmen, wird Freihandel mit den Partnern im Süden als ein wichtiges Instrument in den Vordergrund gestellt.

Die im Projektantrag geplante Typologisierung der Handlungen der EU als „normativ“, „realpolitik“ oder „imperial“ durch die Überprüfung der definierten „goals“ und „means“ und der dahinter liegenden Absichten („intended“ / „unintended“) erwies sich als ein weitgehend unmögliches Unterfangen, da Absichten hinter Handlungen kaum objektiv messbar sind. Abgesehen davon, dass Absichten kaum bis gar nicht explizit benannt werden bleiben die EU Dokumente auch hinsichtlich der „means“ relativ vage. Die Instrumente sind aufgrund der Kausalität, die die EU Dokumente zwischen Handel, wirtschaftlichem Wachstum und politischer und gesellschaftlicher Stabilität herstellen, oft undifferenziert bzw. werden nicht genauer benannt.

Qualitatitives Coding Ägypten

Die „EU- Egypt Partnership Priorities 2017-2020“, ein bilaterales Dokument, das durch die EU und die ägyptische Regierung gemeinsam erstellt wurde, und die Zielsetzungen der Zusammenarbeit für die nächsten vier Jahre definiert, wurde in diesem Schritt genauer analysiert und codiert. Während „Stability“ als übergeordnetes Ziel festgelegt wird, soll Stabilität durch folgende vage abzulesenden Ziele erreicht werden; Inclusive growth, effective & participatory governance (rule of law, human rights, fundamental freedoms); Enhancement of bilateral, regional & international cooperation; Building stable & prosperous Egypt; Economic modernisation & entrepreneurship; Social development and social justice; Energy security; Environment and climate action; Building peace and tackle political and economic challenges in the region; Addressing complex challenges; Accountability, the rule of law, the full respect of human rights and fundamental freedoms and responding to the demands of their citizens; Combating terrorism & violent extremism, counter and prevent radicalisation; Promoting socio-economic development; Security; Migration management.

Die aus dem Dokument abgeleiteten Means sind relativ vage gehalten und benennen nur in Ansätzen Maßnahmen und werden deshalb hier auch aus Platzgründen nicht weiter berücksichtigt.

Aus dem Dokument abgeleitete Codes:

Egypt as important partner in the region; Stability as main goal; EU demands from Egypt commitment to universal values; "Private sector promotion" and enhancement of foreign investment as development strategy; Egypt is not really interested in DCFTA; EU pursues its own interests; Egypt is important for the EU and plays an important role in the region; Egypt is represented in regional and internat. Institutions and therefore important for the EU; A modern, democratic state is essential for stability; EU remains committed to promote democracy and human rights in Egypt; Security is a shared burden.

Codes, die aus Interviews mit EU VertreterInnen (Brüssel, Kairo, Tunis) abgeleitet wurden:

EU loses normative power; EU is a normative power; EU cares less about human rights; EU is weak; EU policies only function with functioning statehood; EU doesn't understand the region; EU is detached; EU is divided; Europe has little interest in southern economic markets; Migration is a main concern of the EU; EU sees the region through a security prism; EU needs Tunisia as a success story; Tunisia needs neoliberal reforms; EU does realpolitik.

Analyse: Egypt is too big to fail

Die Zusammenführung der Auswertung des qualitativen Codings der „Partnership Priorities“ und der Interviews mit VertreterInnen der EU Institutionen, bzw. auch DiplomatInnen einzelner Mitgliedstaaten kommt zu folgender Aussage: In der Politik gegenüber Ägypten kam es nach der Militärintervention durch den späteren Präsidenten al-Sisi zu einem starken Umschwung. Demokratische Normen und Werte wie Menschenrechte finden in den Dokumenten untergeordnet Platz. Es kommt zu einer Verschiebung in Richtung „Good Governance“ als Priorität. Im Vordergrund stehen wirtschaftliche Entwicklung, Sicherheit und Ägypten als wichtiger Stabilitätsanker in der Region. Dabei werden diese Prioritäten von EU VertreterInnen (Interviews Brüssel und Kairo) als eine Art Mittelweg gesehen. Während nämlich die Zusammenarbeit mit Ägypten in der Zeit nach dem Sturz Präsident Mursis auf einem Tiefpunkt war (die neuen ägyptischen Machthaber warfen der EU vor die Muslimbruderschaft unterstützt zu haben) erholen sich die Beziehungen nun langsam wieder. Einerseits ist die Strategie der EU dabei von der Überzeugung geleitet, dass an einer Zusammenarbeit mit Ägypten aus sicherheitspolitischen Gründen kein Weg vorbeiführt und andererseits, dass man Ägypten um eine weitere Destabilisierung zu verhindern, unter die Arme greifen muss. Die Realpolitik und der Pragmatismus gegenüber Ägypten sind laut einigen Interviewpartnern auch dem Umstand geschuldet, dass man in den ersten Jahren nach dem Arabischen Frühling in Bezug auf die Aussichten einer demokratischen Transition zu naiv war. Immer wieder beklagten InterviewpartnerInnen in Brüssel, dass eine gemeinsame Politik gegenüber Ägypten durch einzelne Mitgliedsstaaten unterminiert werde. Vor allem Griechenland, Zypern und Ungarn würden eine härtere Position gegenüber Menschenrechtsverletzungen in Ägypten verhindern. Die Partnerschaftsprioritäten stellen deshalb in vielerlei Hinsicht einen Minimalkonsens dar.

Qualitatitives Coding Tunesien:

In Bezug auf Tunesien benennt der „Tunisia Action Plan - Relations Tunisie - Union Européenne: un partenariat privilégié - 2013-2017“ die Ziele der Zusammenarbeit. Aus dem Dokument konnten folgende Goals abgeleitet werden: social cohesion; regional development; security & stability; democratic transition; prosperity and jobs; deepened political cooperation; creation of a common economic space; harmonisation of laws and standards; partnership between people; civil society promotion; establishment of democracy; economic reforms; rule of law; migration management; mobility management and security; economic integration; sustainable development.

Aus dem Dokument abgeleitete Codes sind:

Tunisia is now different; Tunisia is too important to fail; Tunisia is a historical opportunity for the EU; the EU and Tunisia share a mutual responsibility for the development of democracy; economic liberalisation is the source of growth and job creation; free trade and mobility are to be promoted in order to exchange knowledge.

Analyse: Tunisia is too important to fail

Die Zusammenführung der Auswertung des qualitativen Codings des Tunisia Action Plan 2013-2017“ und der Interviews mit VertreterInnen der EU Institutionen, bzw. auch DiplomatInnen einzelner Mitgliedsstaaten kommt zu folgender Aussage: Tunesien stellt aus Perspektive der EU ein wichtiges um nicht zu sagen das einzige Erfolgsbeispiel dar. Tunesien stellt einen wichtigen „Markt“ für normative Politikansätze dar. Die starke pro-europäische Ausrichtung der tunesischen Eliten spielt dabei eine wesentliche Rolle. Während normative Ansätze diskursiv stärker vertreten sind, setzt die EU in Tunesien aber verstärkt auf die Umsetzung des Freihandelsabkommens (DCFTA). Dieses soll die Reformierung des Staatsapparates (Reduzierung des überproportional gewachsenen öffentlichen Sektors) vorantreiben, die Umsetzung europäischer Standards gewährleisten und damit wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand erzeugen. Damit kann Freihandel aus Sicht der EU als ein wichtiges Mittel der Modernisierung gesehen werden. Norm-Promotion ist damit stark an eine als neoliberal zu definierende Wirtschaftspolitik und insbesondere die Forcierung des Freihandels gekoppelt. Die EU versucht durch die Propagierung des Freihandels und den Abbau des Staatssektors die Abhängigkeit von direkten Förderzahlungen zu reduzieren, verstärkt aber parallel dazu die Abhängigkeit der tunesischen Wirtschaft, die sich schon jetzt stark am europäischen Markt ausrichtet.

Gegenprobe – die EU aus tunesischer & ägyptischer Perspektive**Die ägyptischen Diskurse**

Im Zuge des Coding-Verfahrens wurden die Aussagen der InterviewpartnerInnen sowie die recherchierten Zeitungsartikeln durchgesehen, analysiert sowie mit abgeleiteten Codes codiert. Ähnliche Codes wurden anschließend in Kategorien zusammengefasst. Somit lassen sich die ägyptischen Diskurse weitgehend in folgenden Kategorien abbilden:

EU is weak and has no strategy	EU is divided	Growing role of other international actors
EU doesn't understand the region and has no real political impact	EU makes realpolitik	EU is normative power
EU is a source of investment for Egypt	Egypt favours bilateral relations	Democracy: EU has no normative impact in Egypt

Egypt is a regional actor	Refugees as a security issue for Egypt	Economy: EU is a norm setter and dominates relations with Egypt
Sovereignty: Egypt doesn't want to be dominated	Egypt is dependent on foreign funding	No room for democracy in Egypt

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die EU in Ägypten durchwegs kritisch betrachtet wird. Allerdings unterscheiden sich die Positionen wesentlich. Während VertreterInnen der Zivilgesellschaft enttäuscht sind, dass sich die EU nicht härter dem al-Sisi Regime entgegenstellt, meinen VertreterInnen der Regierung bzw. aus staatlichen Institutionen, dass sich die EU viel zu stark einmischt und die Souveränität des ägyptischen Staates damit unterwandert. Ein Interviewpartner kritisierte beispielsweise, dass die EU die Zivilgesellschaft, so wie er es nannte, „hinter dem Rücken der Regierung“ unterstützt; dies sei somit kein gutes Zeichen, sondern zeuge eher von einer Form der „Hinterhältigkeit“ (Interview Kairo).

VertreterInnen des ägyptischen Außenministeriums (Interviews Brüssel, Kairo) hoben hervor, dass Ägypten selbst über die Politik im Land zu entscheiden hat, und keinerlei Einfluss von außen zulassen möchte. Gleichzeitig wird hervorgehoben, dass Ägypten einen eigenen Zugang zu Demokratie, Menschenrechte etc. hätte und keineswegs bereit wäre Normsetzungen der EU in diesem Bereich zu akzeptieren. Die EU wird in dieser Angelegenheit oft als naiv dargestellt, wohingegen Ägypten und das Regime als Kenner der Region und Garanten für Stabilität stilisiert werden. In diesem Zusammenhang wird die Unterstützung der EU für die Zivilgesellschaft bzw. ihr ständiges Hinweisen auf die Menschenrechtslage als lästig, bzw. in der Situation, in der sich Ägypten befindet, als nicht hilfreich betrachtet. Dennoch kann festgehalten werden, dass die EU (hier wird kaum ein Unterschied zwischen den Institutionen und den Mitgliedsstaaten gemacht) grundsätzlich ein positiveres Image als die USA haben. Laut einigen InterviewpartnerInnen spaltet das ägyptische Regime die EU sehr geschickt hinsichtlich einer gemeinsamen Position. Das Regime setzt vor allem auf bilaterale Beziehungen und misst VertreterInnen der EU Institutionen kaum Bedeutung zu.

Als wesentliches Problem in Bezug auf die Umsetzung von Standards und Normen im wirtschaftlichen Bereich weisen BeamtenInnen aus den Ministerien darauf hin (Interviews Kairo), dass auf der ägyptischen Seite der Mangel an Kontinuität in den personellen Besetzungen ein Problem darstellt. Die politischen Verantwortlichen rotieren sehr rasch und es mangelt den meisten an tatsächlicher Macht. Die meisten MinisterInnen sind Technokraten, die keine eigene politische Machtbasis oder Ideologie haben bzw. haben dürfen. Gleichzeitig wird kritisiert, dass die EU viele ihrer Versprechungen auch was finanzielle Unterstützungen nach dem Arabischen Frühling betrifft, nicht eingehalten hätte. Dies führe wiederum zu einer Verzögerung von Programmen, die oft sehr spät oder sogar gar nicht implementiert werden können. Grundsätzlich ist die Zusammenarbeit durch das starke Misstrauen des al-Sisi Regimes gegenüber ausländischen Kräften stark erschwert. Die ägyptische Souveränität wird als ein zerbrechliches,

aber sehr wertvolles Gut gepriesen. Der offizielle ägyptische Diskurs stellt das Land als einen unverzichtbaren Partner und Experten im Kampf gegen Terrorismus und Instabilität in der Region dar.

Die tunesischen Diskurse:

Ähnlich wie am Fallbeispiel Ägyptens, wurden auch in Tunesien die durchgeführten Interviews sowie die relevanten Zeitungsartikel analysiert, codiert, und die Codes in folgenden zentralen Kategorien zusammengeführt.

Tunisia does not feel ready for free trade	Tunisia needs EU for stability	EU is a normative power
EU imposes liberal economic policies	EU needs Tunisia as a success role model	EU acts as a hegemon
EU is a normative power	The EU did not play an active role in the transition process	Tunisia's transition deserves rewards from EU
EU externalizes migration management	EU is weak	EU is unreliable and has no strategy
Frustration among Tunisians about the state of democratic transition		

Seit 2013 hat die EU mit Tunesien eine privilegierte Partnerschaft abgeschlossen. Die EU möchte damit Tunesiens erfolgreiche demokratische Transition anerkennen und dem Ansinnen der tunesischen Eliten nach einer besonders engen Anbindung an die EU entgegenkommen. Allerdings ist die Bezeichnung kaum mehr als eine Symbolik, da die privilegierte Partnerschaft zwar weiter geht als die Partnerschaft mit anderen Ländern wie z.B. Ägypten, aber keine Integration auf Augenhöhe vorsieht.

Anders als in Ägypten spielt die EU eine starke Rolle in Tunesien. Auch wenn die Transition zur Demokratie nicht mit der EU in Zusammenhang gebracht wird, hier spielten vor allem innenpolitische Faktoren wie die Ermordung von zwei Oppositionspolitikern und die Absetzung Präsident Mursis in Ägypten eine wesentliche Rolle, so gilt die EU als wichtiger Finanzier der Konsolidierungsphase. Dies gewährleistet zwar Stabilität, die der Entwicklung einer Konsensdemokratie zuträglich sein kann, führt aber auch dazu, dass es kaum umfassenden Wandel und Reformen gibt.

Im Mittelpunkt des tunesischen Diskurses steht das Freihandelsabkommen DCFTA (französische Abkürzung: ALECA). Während die politische Klasse, auch die islamistische Ennahda eingeschlossen, sich vorsichtig für das Freihandelsabkommen aussprechen, ist die Zivilgesellschaft und die breite Öffentlichkeit in der Frage skeptisch bis ablehnend. ALECA wird als zentrales Thema der EU Politik gegenüber wahrgenommen. In Tunesien ist die Meinung stark, dass Freihandel alleine nicht reichen würde und eine privilegierte Partnerschaft auch die Liberalisierung der Mobilität aus tunesischer Perspektive sowie verstärkte Investitionen benötigen würde. Dabei herrscht keine allgemeine Ablehnung vor, sondern vielmehr sind EU Normen und Positionen beinahe Teil des tunesischen Mainstreams.

VertreterInnen der islamistisch geprägten Regierungspartei Ennahda sind – vor allem auch dank mangelnder eigener konkreter Visionen im Bereich der Wirtschaft – der EU gegenüber sehr positiv gestimmt. Von den VertreterInnen des tunesischen Außenministerium wird die Partnerschaft als gleich bewertet, wo jeder Akteur in derselben Form Einfluss nimmt. Eingehend auf das Freihandelsabkommen so ist die politische Elite nur dahinter, wenn die vereinbarte Asymmetrie, was die Stufen der Liberalisierung betrifft, implementiert wird.

Während die EU immer wieder als ein hegemonialer Akteur dargestellt wird, gibt es auch einen Gegendiskurs, der die EU als weitgehend planlos, unkoordiniert, ohne Strategie und schwach darstellt. Oft können diese scheinbar gegensätzlichen Wahrnehmungen durch dieselbe Person oder Position vorgebracht werden.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass auf der tunesischen Seite ein Gefühl vorherrscht, dass man sich durch die erfolgreiche Transition im Geiste des europäischen Liberalismus etwas verdient hat und nun von Europa Unterstützung bzw. eine Belohnung verdient. Es mangelt allerdings an konkreten Ideen und Konzepten wo und wie Unterstützung erfolgen soll. Immer wieder verweisen VertreterInnen des Staates und aus der Politik als „bargaining tool“ gegenüber der EU auf die Flüchtlingskrise und die wichtige Rolle, die Tunesien dabei spielt.

5. Conclusio

Wie in der theoretischen Debatte bereits erläutert, dreht sich die bestehende Sekundärliteratur zur außen- und sicherheitspolitischen Rolle der EU meist um die Frage, inwieweit die EU normativ oder doch realpolitisch oder hegemonial agiert. In den meisten Fällen beleuchten diese Studien primär die EU Maßnahmen und versuchen diese einzuordnen, ohne die „Empfängerseite“ näher in ein Blickfeld zu rücken. Gleichzeitig gibt es nur ein paar wenige Studien, die sich mit dem Impact der EU bzw. wie die EU wahrgenommen wird, auseinandersetzen. Die EU Literatur sollte somit zukünftig davon wegkommen, stets die Frage der Normativität der EU in den Vordergrund zu rücken, und sich verstärkter auf die Wahrnehmung der EU in ihrer Nachbarschaft fokussieren. Dabei sollte auch in Betracht gezogen werden, dass die EU nur eine von vielen Playern in der Weltpolitik darstellt; unterschiedliche internationale Mächte, die auf einem sogenannten „Marktplatz“ um ihre Einflussnahme konkurrieren, beeinflussen die EU Politik ebenfalls. Von zentraler Relevanz wäre es den Impact der EU in ihrer Nachbarschaft zu verstehen: Während es in der Praxis sehr schwierig ist, den Impact von Politiken und Maßnahmen zu messen, können stattdessen bestehende Diskurse vor Ort analysiert und gegenübergestellt werden. Dieses Projekt hat an diesem Punkt angesetzt – das Projekt lieferte eine Gegenüberstellung zwischen den EU Zielen und Instrumenten im Rahmen ihrer Nachbarschaftspolitik und ägyptischen sowie tunesischen Diskursen. In diesem Rahmen ist Kawalskis (2013) Zugang, „Recognition“ sei wesentlich für die Kraft eines international agierenden Akteurs, für die Analyse im Rahmen des Projektes äußerst erleuchtend und auf unsere Fallbeispiele adaptierbar. Herrsche keine Anerkennung der EU würde diese, auch nicht im wirtschaftspolitischen Bereich, ihre Politiken durchsetzen können. Die EU zählt sowohl in Ägypten als auch in Tunesien als ein wesentlicher Handelspartner. Allerdings spielt bei den südlichen Nachbarstaaten

die Souveränität bzw. die Angst vor einem Souveränitätsverlust eine wachsende Rolle. Ein Vertreter des ägyptischen Außenministeriums hob im Rahmen eines Interviews hervor, dass die EU eigentlich andere Konzepte von Demokratie und Zivilgesellschaft als die ägyptischen hätte. Daher – so wird argumentiert – wird jeder mögliche Einfluss seitens der EU entschieden abgelehnt. Damit kann festgehalten werden, dass in Ägypten von keiner Anerkennung der normativen Kraft ausgegangen werden kann – Ägypten erhofft sich finanzielle Unterstützung, sieht aber die EU, wenn überhaupt, nur im wirtschaftlichen Bereich als einen Norm-Setter. Ägypten möchte und braucht finanzielle Unterstützung und Kooperationen mit der EU, allerdings nur wenn kein Einfluss damit einhergeht. Dabei nimmt sich Ägypten selbst als einen sehr wichtigen Akteur für die EU wahr. Damit wird die EU als ein Akteur betrachtet, der Sicherheit und Migration in den Vordergrund stellt und somit auch auf Ägypten als ein Player in der Region „angewiesen“ ist. Tunesien wiederum ist stark auf die EU angewiesen, und erkennt die normative Kraft der EU zumindest aus eigenen machtpolitischen Gründen heraus, an. Dies hat sich auch bei den VertreterInnen der islamistischen Regierungspartei, der Ennahda, gezeigt.

6. Ausblick

Die Wichtigkeit der Erkennung solcher Diskurse ist einerseits für die wissenschaftliche, aber auch für die policy relevante Forschung von großer Bedeutung, um auch eine Effektivität der EU Politik bestmöglich gewährleisten zu können. Aus einer Policy-Perspektive heraus hat dieses Projekt neue Ideen geliefert, die für die EU, bzw. auch für Österreich aufgrund der EU Ratspräsidentschaft in der 2. Hälfte 2018 von Bedeutung sind. Aus akademischer Perspektive hat sich diese Studie, auch anknüpfend an Kawalskis (2013) Konzept der „Recognition“, mit der Frage auseinandergesetzt, wie die EU in Ägypten und Tunesien wahrgenommen wird, und inwieweit überhaupt ihre normative Kraft in ihrer Nachbarschaft anerkannt wird.

Die Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt zeigen vor allem die Lücke in der Außenwahrnehmung der EU auf. Die Realitäten in der südlichen Nachbarschaft weichen in weiten Bereichen von den Normen und Vorstellungen der EU Bürokratie und EntscheidungsträgerInnen ab. Angesichts der Erosion staatlicher Strukturen und der wachsenden Bedeutung von einzelnen staatlichen und aber vor allem auch nicht - staatlichen Akteuren können die Schablonen von denen EU Strategien und Programme meist ausgehen weniger denn je auf die Region umgelegt werden. Um auf einem „Jahrmarkt der politischen Angebote“ wie es ein EU Bürokrat im Interview mit den AutorInnen treffend ausdrückte, bestehen zu können, ist es notwendig Strategien und Ansätze zu entwickeln, die es ermöglichen auch mit nicht-staatlichen Akteuren und Interessensgruppen zu interagieren. Dies ist umso wichtiger als gerade im Bereich der sozialen Kohäsion und der Sicherheitspolitik die Zusammenarbeit mit informellen Gruppen z.B. in Grenzregionen unverzichtbar wird.

Die Forschung über die EU und ihre Außenwirkung muss deshalb über die eigenen disziplinären Grenzen hinweg Verbindungen herstellen können. Unser Forschungsprojekt leistete indem es Regionalexpertise mit EU Politikforschung herstellte einen ersten Beitrag dazu. Diese Expertise sollte weiter vertieft werden können.

Daraus abzuleiten wäre ein Forschungsprojekt, das gerade hier ansetzt und angesichts der zunehmenden Schwäche des zentralen Staates, die wachsende Rolle von nicht-staatlichen und informellen Akteuren für die Gewährleistung von sozialem Zusammenhalt und Sicherheit untersucht. Demnach sollte sich ein Anschlussprojekt in der Analyse der Dynamiken zwischen RegierungsvertreterInnen, Zivilgesellschaft und medialem Diskurs unterscheiden. In diesem Rahmen sollten dabei insbesondere gesellschaftliche Dynamiken sowie die Rolle von non-state actors bzw. grassroot actors genauer beleuchtet werden.

In diesem Zusammenhang wäre es auch wichtig der Frage nachzugehen, wie ein Akteur wie die EU darauf reagieren und Handlungsräume entwickeln kann. Forschungseinsichten in diesem Zusammenhang könnten auch Handlungsanweisungen hinsichtlich anderer Länder in der Nachbarschaft liefern, die von ähnlichen Problemen und Dynamiken erfasst sind. Die Wirkung der EU leitet sich nur zu einem Teil von den eigenen Kapazitäten und Angeboten ab, angesichts der schwindenden wirtschaftlichen Hegemonie der EU in der Region ist es zunehmend auch vom Willen und von der Annahme dieses Angebots durch verschiedene Gruppen abhängig und basieren meist auf „rational choice“ Grundlagen (Freyburg & Richter 2015).

7. Output

Zu einem frühen Zeitpunkt des Projektes konnten sich Dr. Günay und MMag. Gharib als TeilnehmerInnen für die EuroMesco Forschungsgruppe „Tunisia in Transition“ qualifizieren. Die EuroMesco ist ein durch die EU Kommission gefördertes Netzwerk von Forschungsinstituten aus dem euro-mediterranen Raum. EuroMesco Publikationen und Workshops gelten als wichtige Plattformen für den Austausch mit EntscheidungsträgerInnen auf EU Ebene. Für die Aufnahme in die Forschungsgruppe spielten dir im Rahmen des OeNB Forschungsprojektes gewonnenen Erkenntnisse eine wesentliche Rolle. Die Forschungsergebnisse konnten dann auf der EuroMesco Jahreskonferenz im Frühjahr 2016, bzw. dann auf dem EuroMesco Workshop mit dem Titel: „Transformation in Tunisia: the First Five Years“ am 4. November 2016 in Tunis präsentiert werden. Dies mündete in der Publikation Cengiz Günay and Sherin Gharib, *From persecution to Government, Ennahda's Claim to Power,*“ in Wolfgang Mühlberger (ed.) *Transformation in Tunisia: The first five years, Euromesco Joint Policy Study*

(http://www.euomesco.net/images/joint_policy_studies/euomesco%20joint%20policy%20study%205.pdf)

Die Zulassung zur Annual Convention of the International Studies Association in Baltimore/USA ermöglichte im Februar 2017 die Präsentation des Papers mit dem Titel: “The normative impact of EU foreign and security policies in the Middle East: The cases of Egypt and Tunisia” auf dem Panel: „FD51 European Union Foreign Policy“ . Dieses Konferenzpaper bezog sich auf die aus dem Forschungsprojekt gewonnenen Einsichten. Das Konferenzpaper wurde dann im Lichte der Kritik überarbeitet und um die Erkenntnisse aus den Reisen nach Ägypten und Brüssel erweitert und in anderer Form auf der 11th Pan- European Conference on International Relations der European International Studies Association (EISA) im September 2017 in Barcelona präsentiert.

Zudem wurden noch weitere zwei Konferenzpaper auf Basis des Projektes bzw. der durch dieses gewonnenen Forschungsergebnisse auf der Annual Conference in Baltimore präsentiert: „Neoliberalism – the thread that links Islamists to the system? The case of Tunisia’s Ennahda Party“ auf dem Panel – “TD42 Religion, Social Mobilization, and Political Participation” und “Writing Security in Egypt” auf dem Panel – “WA50 Securitization and Counterterrorism”.

Im März 2017 konnte als ein weiterer Output die oiip Kurzanalyse 2/März 2017 „Tunesiens Transition - Die Schattenseiten eines Erfolgsbeispiels“ veröffentlicht werden. Diese baute vor allem auf den Erkenntnissen, die während der Forschungsreise durch Interviews gewonnen werden konnten, auf und lieferte einen kritischen Blick auf die Entwicklungen und Dynamiken in Tunesien und die Rolle, die dabei die EU spielt.

Am 13. April veröffentlichte MMag. Gharib im Standard unter der Rubrik Kommentar der Anderen den Artikel: „Ein weiterer Schritt in den Autoritarismus“ (<http://derstandard.at/2000055865404/Ein-weiterer-Schritt-in-den-Autoritarismus>)

Im Juni 2017 präsentierte Cengiz Günay im Rahmen des Dialogforums an der Donau Universität Krems unter dem Titel: „Aktuelle Befunde zur EU-Nachbarschaftspolitik mit Schwerpunkt Nordafrika: Tunesien und Ägypten“ weitere Erkenntnisse, die aus dem Forschungsprojekt gewonnen werden konnten. Der Vortrag mündete schließlich in der Publikation; Cengiz Günay, „Die Europäische Nachbarschaftspolitik am Beispiel von Ägypten und Tunesien: eine besondere Form der Entwicklungszusammenarbeit“ in: Gudrun Biffi (Hrsg.) Zwischen interner Konsolidierung und externer Kooperation, Buch zum Globalisierungsforum, Donau Universität Krems, [Erscheinung Herbst 2017].

Im September 2017 präsentierte MMag. Sherin Gharib weitere Ergebnisse aus dem Projekt im Rahmen des Humanities Festivals auf dem Panel „Was bleibt vom Arabischen Frühling?“ in Wien.

Am 30. November 2017 erfolgt im Rahmen des „New global challenges of European regulation, institutions and policies“ unter dem Titel: The EU, one among many international actors in a new market place of political change in the southern neighbourhood, eine weitere Präsentation der Projektergebnisse durch Cengiz Günay.

- **Noch geplanter Output**

Der Endbericht zum Projekt soll als Grundlage für einen Policy Brief mit konkreten Handlungsempfehlungen dienen. Dieser Policy Brief soll zu Beginn des Jahres 2018 fertiggestellt sein. Der Policy Brief bezieht sich konkret auf die im zweiten Halbjahr 2018 beginnende österreichische Ratspräsidentschaft und ist an EntscheidungsträgerInnen in Österreich und in der EU gerichtet.

Das im Rahmen der 11th Pan- European Conference on International Relations der European International Studies Association (EISA) im September 2017 in Barcelona präsentierte Konferenzpaper befindet sich in Überarbeitung, angestrebt ist eine Veröffentlichung im peer reviewten European Journal of International Relations im ersten Halbjahr 2018 unter dem Titel: “The EU in the new global market place for political change”.

Ebenfalls angestrebt ist eine oiip Kurzanalyse zu der Frage des normativen Einflusses auf das Border Management in Ägypten und Tunesien Ende Dezember/ Anfang Jänner. Auch diese Kurzanalyse soll als Grundlage für die Verfassung eines peer reviewten Artikels dienen.

Für das erste Halbjahr 2018 ist zudem die Fertigstellung eines Arbeitspapiers zu den sogenannten Deep and Comprehensive Free Trade Agreements und die Reaktionen darauf in Tunesien und Ägypten geplant. Zuletzt ist für das zweite Quartal 2018 anlässlich der EU Ratspräsidentschaft am oip eine Podiumsdiskussion mit dem Titel: „Europa und Nordafrika – Politik, Handel, Migration“ geplant, diese soll als Plattform für die Präsentation des Projektendberichts dienen.

8. Literatur

Abdalla, Nadine (2016), The ENP between Ambitions and Delusions: Analysing Europe's Misconceptions in Supporting Democratisation in Egypt. IEMed. EuroMesco series.

Abdel Fattah al-Sisi (2014), Translation of Abdel Fattah al-Sisi's Resignation Speech. 27/3/2014. Atlantic Council. Retrieved from <http://www.atlanticcouncil.org/blogs/menasource/translation-of-abdel-fattah-al-sisi-s-resignation-speech.28/1/2017>.

Asseburg, Muriel (2013), The Arab Spring and the European Response, *The International Spectator*, 48:2, 47-62.

Balfour, Rosa (2012), EU Conditionality after the Arab Spring, *Papers IEMed* 16. June 2012.

Bayoumi, Soha (2007), Egyptian Views of the EU: Pragmatic, Paternalistic and Partnership Concerns. *Eur. Foreign Aff. Rev.* Vol. 12.

Behr, Timo and Siitonen, Aaretti (2013), Building Bridges or Digging Trenches? Civil Society Engagement after the Arab Spring, *Finnish Institute for International Affairs Working Paper 77*, January.

Bicchi, Federica (2006), "Our size fits all": normative power Europe and the Mediterranean" *Journal of European Public Policy*, 13 (2): 286-303.

Bicchi, Federica (2014) The Politics of Foreign Aid and the European Neighbourhood Policy Post Arab Spring: 'More for More' or Less of the Same? *Mediterranean Politics*, 19:3, 318-332,

Bogaert, Koenraad (2013), Contextualizing the Arab Revolts: The Politics behind Three Decades of Neoliberalism in the Arab World. *Middle East Critique*, 22:3, 213-234.

Bohle, Dorothee (2006), Neoliberal hegemony, transnational capital and the terms of the EU's eastward expansion. *Capital & Class*, 30(1):57-86.

Brown, Wendy (2005), *Critical Essays on Knowledge and Politics*. Princeton: Princeton University Press.

Buzan, Barry and Gonzalez-Palaez, Ana (eds.). (2009), *International Society and the Middle East. English School Theory at the Regional Level*, New York: Palgrave.

Campbell, David (1998), *Writing Security: United States Foreign Policy and the Politics of Identity*. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Carta, Caterina; Morin, Jean-Frederic (2014), *EU Foreign Policy through the Lens of Discourse Analysis: Making Sense of Diversity*. London: Routledge.

Chaban, N., Elgström, O., Kelly, S. and Yi, L. (2013), Images of the EU beyond Its Borders: Issue-Specific and Regional Perceptions of European Union Power and Leadership. *Journal of Common Market Studies*, 51 (3), 433-51.

Colombo, Silvia, and Tocci Nathalie (2012), The EU Response to the Arab Spring: Old Wine in New Bottles?, in: Alcaro, R. and Haubrich-Seco M. (eds.), *Re-thinking Western Policies in Light of the Arab Uprising*, *Istituto Affari Internazionali, Research Papers*, Rome [online] Available from: http://www.iai.it/pdf/quaderni/iairp_04.pdf [Accessed: 09. June 2014].

Cox, Michael (2012), Power Shifts, Economic Change and the Decline of the West? *International Relations*, 26(4), 369–388.

De Ville, Ferdi; Orbie, Jan (2011), The European Union's Trade Policy Response to the Crisis: Paradigm lost or reinforces? *European Integration online Papers (EIoP)*, 15, Article 2.

Del Sarto, Raffaella A. (2016), Normative Empire Europe: The European Union, its Borderlands, and the 'Arab Spring', *Journal of Common Market Studies*, 54 (2), 215–232.

Destradi, Sandra (2010), Regional powers and their strategies: empire, hegemony, and leadership, *Review of International Studies*, 36 (04), 903 – 930.

Diez, Thomas (2004), Europe's others and the return of geopolitics, *Cambridge Review of International Affairs*, 17 (2), 319-335.

Diez, Thomas (2005), Constituting the Self and Changing Others: Reconsidering 'Normative Power Europe', *Millemium – Journal of International Studies*, 33, 613-636.

Diez, Thomas (2013), Normative Power as Hegemony, *Cooperation and Conflict*, 48(2): 194–210.

Elhusseini, Fadi (2014), Europe's chances in the Arab World. Daily News Egypt. Retrieved from <http://www.dailynewsegypt.com/2014/01/11/europes-chances-in-the-arab-world/>.

Erdle, Steffen (2010), *Ben Ali's New Tunisia (1987 - 2009): A case study of authoritarian modernization in the Arab world*, Berlin: Schwarz.

Erskine, Toni (2013), Normative International Relations Theory, in: Dunne, T; Kurki, M. and Smith, S (eds.), *International Relations Theories. Discipline and Diversity*, Oxford: Oxford University Press.

EU Global Strategy 2016: Retrieved from: <https://europa.eu/globalstrategy/en/global-strategy-foreign-and-security-policy-european-union>

EU Relations Tunisie – Union Européenne: un partenariat privilégié. Plan d'Action 2013-2017

EU-Tunisia Action Plan 2011-2013.

European Commission – External Trade (2006): Global Europe: competing in the world. A Contribution to the EU's Growth and Jobs Strategy.

European Commission (1/9/2016): Factograph Tunisia. Retrieved from: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/near_factograph_tunisia.pdf

European Commission (2002): Communication from the Commission to the Council and the European Parliament. 18.9.2002. COM(2002) 513 final. Retrieved from: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2004/april/tradoc_111245.pdf

European Commission (2011): Joint Communication to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions: A new response to a changing Neighbourhood. 25/05/2011. COM(2011)303.

European Commission (2012): Trade, growth and development: Tailoring trade and investment policy for those countries most in need. Retrieved from http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2012/january/tradoc_148992.EN.pdf

European Commission (2013): Joint Communication to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions: European Neighbourhood Policy: Working towards a Stronger Partnership. 20/03/2013. JOIN(2013)4 final.

European Commission (2014): Joint Communication to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions: Neighbourhood at the Crossroads: Implementation of the European Neighbourhood Policy in 2013. 27/3/2014. JOIN(2014)12 final.

European Commission (2015a): Joint Communication to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions: Review of the European Neighbourhood Policy. 18/11/2015. JOIN(2015)50 final.

European Commission (2015b): Trade for all: Towards a more responsible trade and investment policy. http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/october/tradoc_153846.pdf.

European Commission (2015c): Assessment of economic benefits generated by the EU Trade Regimes towards developing countries. DG for International Cooperation and Development, EU Development Policy and International Cooperation, Policy and Coherence, Economic Analysis Team. Volume 1. https://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/trade-report-2015-volume1_en_0.pdf

European External Service/European Commission: Programming of the European Neighbourhood Instrument (ENI) – 2014-2020. Strategic Priorities 2014-2020 and Multi-Annual Indicative Programme 2014-2017. European Neighbourhood-wide measures. Retrieved from: https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/enp_wide_strategic_priorities_2014_2020_and_multi_annual_indicative_programme_2014_20.pdf

European External Service: Egypt and the EU. 11/5/2016. Retrieved from: https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage_en/1156/Egypt%20and%20the%20EU#Political+relations.

Finnemore, Martha and Sikkink, Kathryn (1998), International Norm Dynamics and Political Change, *International Organization*, 52 (4), 887-917.

Freyburg, Tina (2011), Transgovernmental networks as catalysts for democratic change? EU functional cooperation with Arab authoritarian regimes and socialization of involved state officials into democratic governance, *Democratization*, 18 (4), 1001-1025.

Freyburg, Tina & Richter, Solveig (2015), Local actors in the driver's seat: Transatlantic democracy promotion under regime competition in the Arab world, *Democratization*, 22 (3), 496-518.

Halliday, Fred (2005), *The Middle East in International Relations*. New York: Cambridge University Press.

Halliday, Fred (2009), The Middle East through English School Theory, in: Buzan, B. and Gonzalez-Palaez, A. (eds.), *International Society and the Middle East. English School Theory at the Regional Level*, New York: Palgrave.

Harvey, David (2005), *A Brief History of Neoliberalism*. Oxford: Oxford University Press.

Hermann, Christoph (2007), Neoliberalism in the European Union, *Studies in Political Economy* 79.

Holden Patrick (2011), A New Beginning? Does the Union for the Mediterranean Herald a New Functionalist Approach to Co-operation in the Region? *Mediterranean Politics*, 16(01), 155-169.

- Holden, Patrick (2015), Neo-liberalism by default? The European Union's trade and development policy in an era of crisis, *Journal of International Relations and Development*.
- Hurt, S., and Knio, K, and Ryner, M. (2009), Social Forces and the Effects of (Post-) Washington Consensus Policy in Africa: Comparing Tunisia and South Africa, *The Round Table: the commonwealth journal of international affairs*, 98 (402), 301-317.
- Hyde-Price, Adrian (2006), 'Normative' power Europe: a realist critique, *Journal of European Public Policy*, 13 (2), 217-234.
- İşleyen, Beste (2015), The European Union and neoliberal governmentality: Twinning in Tunisia and Egypt. *European Journal of International Relations* 2015, Vol. 21(3), 672– 690.
- Joya, Angela (2016), Neoliberalism, the State and Economic Policy Outcomes in the Post-Arab Uprisings: The Case of Egypt. *Mediterranean Politics*, 22 (3), 339-361.
- Katunar, Martin; Maljak, Mihael, Martinic, Stefan (2014), The Evolution of the EU's Foreign Trade Policy. *Pravnik*, 48, 1 (96).
- Katzenstein, Peter (ed.) (1996), *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*, New York: Columbia University Press.
- Kawalski, Emilian (2013), The struggle for recognition of normative powers: Normative power Europe and normative power China in context, *Cooperation and Conflict*, 48 (2), 247–267.
- Kuyenhoven A, and Willem TM Molle (eds), *Multilateralism and Regionalism in the Post-Uruguay Round Era*. Dordrecht: *Kluwer Academic*, 87-116.
- Laidi, Zaki (2008), European preferences and their reception, in: Laidi, Z.(ed.), *EU Foreign Policy in a Globalized World. Normative power and social preferences*. London: Routledge.
- Langohr, Vickie (2004), Too much Civil Society, Too Little Politics: Egypt and Liberalizing Arab Regimes, *Comparative Politics* 36 (2), 181-204.
- Lavenex, Sandra (2004) "EU external governance in 'wider Europe'" *Journal of European Public Policy*, 11 (4): 680-700.
- Lavanex, Sandra (2014), The power of functionalist extension: how EU rules travel, *Journal of European Public Policy*, 21 (6), 885-903.
- Lazarou, Elena; Gianniou, Maria and Tsourapas, Gerasimos (2013), The Limits of Norm Promotion: The EU in Egypt and Israel/Palestine, *Insight Turkey*. Vol. 15, No.2, pp.171-193.
- Lebow, Richard Ned (2008), Identity and International Relations, *International Relations* 22: 473-492.
- MacKenzie A, Kaunert C and Léonard S (2013) EU counterterrorism and the Southern Mediterranean countries after the Arab Spring: New potential for cooperation? *Democracy and Security* 9(1/2): 137–156.
- Manners, Ian (2002), Normative Power Europe: A Contradiction in Terms? *Journal of Common Market Studies* 40 (2), 235-258.
- Maur, Jean-Christophe (2005), Exporting Europe's Trade Policy. *The World Economy*. 28(11), 1565-1590.

- Nitoiu, Cristian; Tomic, Nikola (2015), *Europe, Discourse, Institutions: Challenging the Mainstream in European Studies*. London: Routledge.
- Noutcheva, Gergana (2015) Institutional Governance of European Neighbourhood Policy in the Wake of the Arab Spring, *Journal of European Integration*, 37:1, 19-36.
- Nye, Joseph (1990), Soft Power, *Foreign Policy* 80, 153-171.
- Onar, Nora Fisher and Nicolaidis, Kalypto (2013), The Decentring Agenda: Europe as a post-colonial power, *Cooperation and Conflict* 48 (2), 283–303.
- Orbie, Jan; De Ville, Ferdi (2014), A Boost to our Economies that Doesn't Cost a Cent': EU Trade Policy Discourse since the Crisis, in: Carta, C. ; Morin, J.F. (eds.). *EU Foreign Policy Through the Lens of Discourse Analysis*. London: Routledge.
- Pace, Michelle (2010a), Perceptions from Egypt and Palestine on the EU's Role and Impact on Democracy Building in the Middle East. *International Institute for Democracy and Electoral Assistance*.
- Pace, Michelle (2010b), The European Union, security and the southern dimension, *European Security* 19 (3), 431-444.
- Pelkmans J., Brenton P. (1999), Bilateral trade agreements with the EU: Driving forces and effects, in: Olga M.; Kuyenhoven A. , and Molle W. (eds), *Multilateralism and Regionalism in the Post-Uruguay Round Era*. Dordrecht: Kluwer Academic , 87-116.
- Postel-Vinay, Karoline (2008), The historicity of European normative power, in: Laidi, Z. (ed.), *EU Foreign Policy in a Globalized World. Normative power and social preferences*. London: Routledge.
- Rosamond, Ben (2014), The EU's normative power and three modes of liberal communicative discourse, in: Carta, C. ; Morin, J.F. (eds.). *EU Foreign Policy Through the Lens of Discourse Analysis*. London: Routledge.
- Schimmelfennig, Frank (2010), Europeanization beyond member states (unpublished manuscript) [online]. Available from: http://www.eup.ethz.ch/people/schimmelfennig/publications/10_ZSE_Europeanization__manuscript_.pdf [Accessed: 20. August 2013].
- Selim, Gamal M. (2015), The International Dimensions of Democratization in Egypt: The Limits of Externally-Induced Change. Hexagon Series on Human and Environmental, *Security and Peace*. Vol. 11.
- Siles-Brügge, Gabriel (2011), Resisting Protectionism after the Crisis: Strategic Economic Discourse and the EU-Korea Free Trade Agreement, *New Political Economy*, 16 (5), 627-653.
- Siles-Brügge, Gabriel (2014), EU trade and development policy beyond the ACP: subordinating developmental to commercial imperatives in the reform of GSP, *Contemporary Politics*, 20 (1), 49-62.
- Stephen King (2003), *Liberalization against Democracy: The Local Politics of Economic Reform*. Indiana University Press.
- Tocci, Nathalie (2007), Report Unpacking European Discourses: Conditionality, Impact and Prejudice in EU-Turkey Relations, in: Tocci, N. (ed.), *Conditionality, Impact and Prejudice in EU-Turkey Relations, Quaderni IAI* (9), July 2007.

Tocci, Nathalie (2008a) Profiling Normative Foreign Policy: The European Union and its Global Partners," In: Tocci, Nathalie (Ed.)Who Is a Normative Foreign Policy Actor? The European Union and Its Global Partners, 1-23. Brussels: Centre for European Policy Studies.

Tocci, Nathalie (ed.). (2008b) *Who is a Normative Foreign Policy Actor? The European Union and its Global Partners*. Brussels: Centre for European Policy Studies.

Tocci, Nathalie (2011), Rethinking EuroMed policies in the light of the Arab Spring." *Open Democracy*, 25 March 2011 [online]. Available from: <http://www.opendemocracy.net/nathalie-tocci-jean-pierre-cassarino/rethinking-euro-med-policies-in-light-of-arab-spring> [Accessed: 5 March 2013].

Toperich, Sasha; Ben Ahmed, Ghazi: Tunisia's Transition Between Hopes and Challenges. Huffington Post. Retrieved from: http://www.huffingtonpost.com/sasha-toperich/tunisias-transition-between-hopes-and-challenges_b_7246546.html.

Tsourapas, Gerasimos (2013), The Other Side of a Neoliberal Miracle: Economic Reform and Political De-Liberalization in Ben Ali's Tunisia, *Mediterranean Politics*, 18 (1), 23-41.

Unver, Akin H (2012), Legacy of the Arab Spring: The Question of Independence and Sovereignty, *Journal of International Affairs*, Columbia University. https://jia.sipa.columbia.edu/online_articles/legacy-arab-spring-question-independence-and-sovereignty (accessed: 07-09-2017).

Van Apeldoorn, Bastiaan (2001), The Struggle over European Order: Transnational Class Agency in the Making of 'Embedded Neo-Liberalism, in: Bieler, A. and Morton A. (eds.), *Social Forces in the Making of New Europe*. London: Palgrav, 78-86.

Van der Loo, Guillaume (2016), Mapping out the Scope and Contents of the DCFTAs with Tunisia and Morocco. *IEMed. EuroMesco series*.

Zielonka, Jan (2013), Europe's new civilizing missions: the EU's normative power discourse. *Journal of Political Ideologies*, 2013, Vol. 18, No. 1, 35-55.